BSD
Bundesverband Schlafapnoe und Schlafstörungen Deutschland e. V.

BSD Geschäftsstelle • Panoramastraße 6 • 73760 Ostfildern

OFFENER BRIEF

An den Bundesminister für Gesundheit
Herrn Dr. Carsten Linnemann
Bundesministerium für Gesundheit
11055 Berlin

07.10.2026

Offener Brief an den Gesundheitsminister
Gesundheitsversorgung braucht Reformen mit Weitblick

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Linnemann,

wir haben Ihnen bereits am 14. September einen Offenen Brief geschickt. Diesen möchten wir gerne ergänzen.

Unser Gesundheitswesen zukunftsfähig zu gestalten, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Als Bundesverband Schlafapnoe und Schlafstörungen Deutschland e. V. möchten wir diesen Prozess konstruktiv begleiten. Dabei steht für uns eine Frage im Mittelpunkt: Wie können wir die verfügbaren Mittel wirtschaftlicher einsetzen und zugleich eine verlässliche Versorgung der Patientinnen und Patienten sichern?

Einen pauschalen Vergütungsabschlag von drei Prozent für Hilfsmittel- und Homecare-Anbieter sehen wir mit Sorge. Er mag den Krankenkassen kurzfristig finanzielle Entlastung verschaffen. Gleichzeitig verringert er jedoch den Handlungsspielraum der Versorger bei steigenden Personal-, Einkaufs- und Betriebskosten. Investitionen und die Einstellung zusätzlicher Fachkräfte könnten ausbleiben. Hält dieser wirtschaftliche Druck an, drohen Einschränkungen bei der Versorgung.

Hilfsmittelversorgung umfasst weit mehr als die Lieferung eines Produkts. Beratung, individuelle Anpassung, Schulung und langfristige Betreuung gehören ebenso dazu. Diese Leistungen benötigen qualifiziertes Personal und ausreichend Zeit. Gerade bei komplexen Versorgungen lassen sich diese Voraussetzungen nur begrenzt reduzieren, ohne die Qualität zu gefährden.

Wir bitten Sie deshalb, strukturelle Reformen in den Mittelpunkt zu stellen und die Folgen pauschaler Kürzungen für die Versorgung sorgfältig zu prüfen. Aus unserer Sicht verdienen insbesondere folgende Handlungsfelder Ihre Aufmerksamkeit:

Bundesverband Schlafapnoe und Schlafstörungen Deutschland e. V.
Geschäftsstelle:
Panoramastr. 6 • D-73760 Ostfildern
Tel.: 0711 4599495
Fax:0711 7656590
E-Mail: w.waldmann@bsd-selbsthilfe.de
www.bsd-selbsthilfe.de

Vorsitzender
Werner Waldmann MA

Stellvertretender Vorsitzender
Dieter Wahl

Botschafter des BSD
Dr. Hans-Günter Weeß, Klingenmünster

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr. Dominik Alscher, Stuttgart
Prof. Dr. Tilo Andus, Stuttgart
Prof. Dr. Helmut Frohnhofen, Düsseldorf
Lilo Habersack, München
Prof. Dr. Clemens Heiser, München
Dr. Brigitte Holzinger, Wien
Prof. Dr. Ralf Lobmann, Stuttgart
Dr. Tobias Meile, Stuttgart
Prof. Dr. Georg Nilius, Dortmund
Prof. Dr. Winfried Randerath, Solingen
Prof. Dr. Dieter Riemann, Freiburg
Prof. Dr. Michael Schredl, Mannheim
Dr. Susanne Schwarting, Kiel
Prof. Dr. J. P. Sieb, Stralsund
Prof. Dr. Ulrich Sommer, München
Prof. Dr. Kai Spiegelhalder, Freiburg
Prof. Dr. Thomas Verse, Hamburg
Dr. Albrecht Vorster, Basel
Dr. Alfred Wiater, Bad Wiessee
Prof. Dr. Juliane Winkelmann, München
Holger Woehrle, Blaubeuren
Prof. Dr. Peter Young, Bad Feilnbach

Wissenschaftlich-technische Beratung:
Prof. Dr.-Ing. Thomas Netzel, Hamburg

Juristischer Beirat:
Jürgen Wagner, Rechtsanwalt, LL.M., Konstanz

Registernummer:
VR 1850 Amtsgericht Esslingen a.N.

Finanzamt Stuttgart-Körperschaften
Steuer-Nr. 99015/30820

Bankverbindung:
Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen,
IBAN: DE33 6115 0020 0101 5751 28
BIC: ESSLDE66XXX

Der BSD ist Mitglied in:

Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen ®

Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.

Den gesamten Behandlungsverlauf berücksichtigen

Einsparungen in einem einzelnen Versorgungsbereich sagen wenig darüber aus, ob das Gesundheitssystem insgesamt wirtschaftlicher arbeitet. Führt eine unzureichende Hilfsmittelversorgung zu Komplikationen oder zusätzlichen Krankenhausaufenthalten, entstehen an anderer Stelle neue Kosten.

Eine stärker sektorübergreifende Finanzierung könnte diesen Zusammenhang berücksichtigen. Ambulante Behandlung, Hilfsmittelversorgung und Krankenhausversorgung sollten entlang gemeinsamer Therapiepfade betrachtet werden. Entscheidend wäre dann, wie gut die Versorgung über den gesamten Behandlungsverlauf funktioniert und welche Gesamtkosten entstehen. So würde auch der Wert einer Betreuung sichtbar, die Komplikationen verhindert.

Die ambulante Versorgung stärken

Wir unterstützen das Ziel, Behandlungen ambulant durchzuführen, wo dies medizinisch sinnvoll und sicher möglich ist. Damit diese Entwicklung gelingt, müssen außerhalb der Kliniken leistungsfähige Strukturen bestehen.

Dazu gehören ausreichend Fachkräfte, eine verlässliche Hilfsmittelversorgung und kontinuierliche Betreuung. Wer mehr Behandlung in den ambulanten Bereich verlagert, muss dessen Leistungsfähigkeit stärken und die Finanzierung entsprechend gestalten. Die notwendigen Voraussetzungen müssen mit der Verlagerung Schritt halten.

Bürokratie abbauen und Zeit für die Versorgung gewinnen

Vereinfachte Verwaltungsabläufe können dazu beitragen, Personal und Zeit für die unmittelbare Versorgung freizusetzen. Wiederkehrende organisatorische Aufgaben sollten dort standardisiert werden, wo dies sinnvoll ist. Für individuelle Beratung und Betreuung muss zugleich ausreichend Raum bleiben.

Wie groß die möglichen Einsparungen sind, sollte nachvollziehbar ermittelt werden. Das Ziel ist klar: Aufwand reduzieren, ohne die Versorgung zu schwächen.

Versicherungsfremde Leistungen transparent finanzieren

Wir halten es für notwendig, sogenannte versicherungsfremde Leistungen nachvollziehbar auszuweisen und ihre Finanzierung klar zuzuordnen. Eine transparente Abgrenzung würde die Debatte über Einnahmen, Ausgaben und Reformbedarf versachlichen.

Erst wenn unterschiedliche Finanzierungsaufgaben erkennbar sind, lässt sich fundiert beurteilen, wo innerhalb der Gesundheitsversorgung Veränderungen erforderlich sind. Pauschale Kürzungen können diese Klärung nicht ersetzen.

Die Selbstverwaltung weiterentwickeln

Eine umfassende Reform sollte auch die Entscheidungs- und Organisationsstrukturen der Selbstverwaltung einbeziehen. Finanzierung, Zuständigkeiten und Versorgungsstrukturen müssen gemeinsam betrachtet werden.

Wir bitten Sie, dabei zu prüfen, wie Entscheidungen transparenter, Abläufe effizienter und die Erfahrungen aus der Versorgungspraxis stärker berücksichtigt werden können. Auch die Perspektive der Patientinnen und Patienten muss wirksam einfließen.

Sehr geehrter Herr Minister, unser Gesundheitswesen verfügt über Stärken, auf denen sich aufbauen lässt. Weniger Bürokratie, eine leistungsfähige ambulante Versorgung und eine Finanzierung, die den gesamten Behandlungsverlauf berücksichtigt, können helfen, vorhandene Mittel wirksamer einzusetzen.

Dafür braucht es politische Entscheidungen mit Weitblick. Frühzeitig eingeleitete Reformen eröffnen Gestaltungsspielraum, bevor der wirtschaftliche Druck weiterwächst. Für Patientinnen und Patienten zählt, dass notwendige Leistungen erreichbar bleiben. Für die Versorger müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass sie diese Leistungen dauerhaft zuverlässig erbringen können.

Ausschreibungen kritisch prüfen und Versorgungssicherheit gewährleisten

Auch eine möglicherweise geplante Einführung von Ausschreibungen in der Hilfsmittelversorgung betrachten wir mit Sorge. Sollte der Preis dabei zum ausschlaggebenden Vergabekriterium werden, könnte dies den wirtschaftlichen Druck auf die Anbieter zusätzlich verschärfen und die Patientenversorgung gefährden.

Eine verlässliche Versorgung braucht mehr als ein günstiges Hilfsmittel: individuelle Beratung, fachgerechte Anpassung, Schulung, erreichbare Ansprechpersonen und kontinuierliche Betreuung. Anbieterwechsel infolge von Ausschreibungen könnten gewachsene Betreuungsbeziehungen unterbrechen und die Wahlmöglichkeiten der Patientinnen und Patienten einschränken. Gerade Menschen mit langfristigem oder komplexem Versorgungsbedarf sind auf Kontinuität angewiesen.

Wir bitten Sie deshalb, mögliche Ausschreibungspläne sorgfältig auf ihre Folgen für die Versorgungsqualität zu prüfen und Patientenorganisationen frühzeitig einzubeziehen. Qualität, Versorgungskontinuität und die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen müssen bei der Ausgestaltung verbindlich berücksichtigt werden. Zusammen mit pauschalen Vergütungsabschlägen könnten vor allem am Preis orientierte Ausschreibungen den Druck auf die Versorgung weiter erhöhen.

Unsere Bitte: ein Online-Interview für unsere Mitglieder

Wir möchten Ihren Reformkurs und die Hintergründe aktueller gesundheitspolitischer Vorhaben unseren Mitgliedern verständlich vermitteln. Zugleich möchten wir Fragen und Erfahrungen aus der Versorgungspraxis in einen konstruktiven Austausch einbringen.

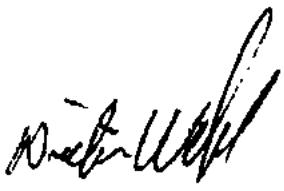
Deshalb bitten wir Sie, uns ein Online-Interview mit einer geeigneten Mitarbeiterin oder einem geeigneten Mitarbeiter Ihres Hauses zu ermöglichen. Für das Gespräch schlagen wir einen zeitlichen Rahmen von 30 bis 45 Minuten vor. Mit Zustimmung der Gesprächspartnerin oder des Gesprächspartners möchten wir das Interview aufzeichnen und unseren Mitgliedern zugänglich machen.

Die Themen und Fragen stimmen wir gerne vorab mit Ihrem Haus ab. Bei der Terminwahl richten wir uns nach Ihren Möglichkeiten. Uns ist ein freundlicher, sachlicher und offener Dialog wichtig, der politische Ziele erläutert und die Anliegen unserer Mitglieder aufgreift.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anfrage unterstützen und uns eine geeignete Ansprechperson vermitteln. Vielen Dank für Ihre Zeit und Ihren Einsatz für die Zukunft unseres Gesundheitswesens.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Waldmann



Werner Waldmann	Dieter Wahl	Sven Baumann
Vorsitzender	Stellvertr. Vorsitzender	2. Stellvertr. Vorsitzender